

RECHTSWISSENSCHAFTEN
UND VERWALTUNG

Recht und Verwaltung

Zwecker/Zwecker

Wirtschaftsrecht an Hochschulen

Ein vorlesungsbegleitendes
Arbeitsbuch

2., überarbeitete Auflage

Kohlhammer

Kohlhammer

Wirtschaftsrecht an Hochschulen

Ein vorlesungsbegleitendes Arbeitsbuch

von

Prof. Dr. Kai-Thorsten Zwecker
Hochschule Neu-Ulm

und

Dr. Kathrin Zwecker, MBA
Hochschule Neu-Ulm

Verlag W. Kohlhammer

2., überarbeitete Auflage 2022

Alle Rechte vorbehalten

© W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Gesamtherstellung: W. Kohlhammer GmbH, Stuttgart

Print:

ISBN 978-3-17-040878-4

E-Book-Formate:

pdf: ISBN 978-3-17-040879-1

epub: ISBN 978-3-17-040880-7

Dieses Werk einschließlich aller seiner Teile ist urheberrechtlich geschützt. Jede Verwendung außerhalb der engen Grenzen des Urheberrechts ist ohne Zustimmung des Verlags unzulässig und strafbar. Das gilt insbesondere für Vervielfältigungen, Übersetzungen, Mikroverfilmungen und für die Einspeicherung und Verarbeitung in elektronischen Systemen.

Für den Inhalt abgedruckter oder verlinkter Websites ist ausschließlich der jeweilige Betreiber verantwortlich. Die W. Kohlhammer GmbH hat keinen Einfluss auf die verknüpften Seiten und übernimmt hierfür keinerlei Haftung.

Für Lara, Vivian und Julian

Vorwort zur 2. Auflage

Unfassbar, wie schnell die Zeit vergeht. Schon über drei Jahre sind seit Erscheinen unseres Lehrbuchs verstrichen, in denen auch der Gesetzgeber nicht untätig war. So gab es insbesondere Anfang 2018 einige ausbildungsrelevante Änderungen im BGB, die wir in der 2. Auflage verarbeitet haben. Auch hat sich natürlich an der einen oder anderen Stelle der Fehlerteufel eingeschlichen, den wir hartnäckig versucht haben in der 2. Auflage auszurotten. Ganz besonders gefreut haben uns die Rückmeldungen zu Verbesserungsvorschlägen und vor allem natürlich das viele Lob.

An der Struktur unseres Buchkonzeptes haben wir nichts verändert. Das Buch soll für den Nichtjuristen einen einfachen und schnellen Überblick über die ausbildungsrelevanten rechtlichen Themen geben, ohne dabei in dogmatische Tiefen zu gehen. Es soll weiterhin eine gut verständliche und nachvollziehbare Struktur in den juristischen Themenstellungen geben. Aus diesem Grunde haben wir, um es dem Leser weiter zu erleichtern, auf vielfachen Wunsch noch mehr Übersichten und Lernhilfen aufgenommen. Den Teil zum Arbeitsrecht haben wir etwas gekürzt und dafür das Thema öffentliches Wirtschaftsrecht erweitert. Hierfür konnten wir einen der führenden Experten im öffentlichen Wirtschaftsrecht gewinnen. Herr Dr. Thomas Würtenberger, Namenspartner einer exponierten Wirtschaftsrechtskanzlei in Stuttgart und Autor zahlreicher Fachbeiträge zum öffentlichen Wirtschaftsrecht, hat den 9. Teil bearbeitet und wesentlich ergänzt. Schon auf den ersten Blick sieht man hier jetzt das umfassende Praxis-Know-how und den erheblichen Erfahrungsschatz, den der Autor mit einfließen lässt. Lieber Thomas, hierfür unseren ganz herzlichen Dank!

Ansonsten bleibt es dabei: Keine Angst vor Recht und Übung macht den Meister! Wir freuen uns über Hinweise, Verbesserungsvorschläge, Lob und Kritik unter: kathrin.zwecker@hnu.de.

Stuttgart, September 2021

Kathrin & Kai-Thorsten Zwecker

Vorwort

Hält sich Ihr Interesse an rechtlichen Fächern in Grenzen? Da hätten Sie ja gleich Jura studieren können? Dennoch: viele Ausbildungsstudiengänge an Hochschulen sehen mehrere Semesterwochenstunden für rechtliche Fächer, insbesondere im Wirtschaftsrecht vor. Und das mit gutem Grund! Die rechtlichen Vorschriften geben den Rahmen vor, in dem Sie ihre spätere Tätigkeit, auf die Sie ihr Studium vorbereiten soll, ausüben. Stellen Sie sich vor, Sie fangen nach Ihrem Bachelor-Abschluss in der Personalabteilung eines mittelständischen Unternehmens an. Was machen Sie dort? Sie stellen Mitarbeiter an, entlassen diese, kümmern sich um Urlaub, Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall etc. Wie wollen Sie diese Tätigkeit ausüben, wenn Sie die einschlägigen arbeitsrechtlichen Regelungen nicht kennen? Eine ehemalige Studierende berichtete uns, dass sie nach dem Studium in der Marketingabteilung einer großen Drogeriemarktkette arbeitete und dort aus einer Studie der Stiftung Warentest eine Marketingkampagne konzipierte. Hierbei verstieß sie allerdings gegen die Vorgaben des Gesetzes gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) und verursachte nicht nur für ihren Arbeitgeber einen Schaden in Höhe von mehreren hunderttausend Euro, sondern musste auch empfindliche persönliche Konsequenzen tragen. Diese Beispiele lassen sich beliebig fortsetzen.

Im Moment steht bei Ihnen wahrscheinlich aber eine andere Frage im Vordergrund: Wie lernen Sie möglichst schnell und effektiv den Prüfungsstoff, um Ihre Klausuren zu bestehen?

Juristische Ausbildungsliteratur gibt es „wie Sand am Meer“. Das Problem ist allerdings, dass diese in der Regel für (angehende) Juristen geschrieben ist und daher viele rechtsdogmatische Ausführungen enthält, die für Sie im Rahmen der Ausbildung an Hochschulen gar nicht von Relevanz sind. Sie gehen für einen Nichtjuristen viel zu sehr in die Tiefe. Auch im Internet finden Sie unzählige Texte zu juristischen Themen. Hier können Sie allerdings zum einen die Qualität nicht beurteilen, und zum anderen finden Sie keine zusammenhängende Darstellung.

Daher ist der Besuch der Vorlesung letztlich unumgänglich. Nur dort erfahren Sie, welche Themen Ihr Dozent behandelt und welche Kenntnisse er von Ihnen als Prüfungsleistung erwartet. Aus langjähriger Erfahrung wissen wir aber, dass die Vorlesung und die Vorlesungsunterlagen für viele Studierende keine optimale Prüfungsvorbereitung ermöglichen. Das hat viele Gründe: So sind Ihre Unterlagen aus den Vorlesungen oft nur stichpunktartig und nicht zusammenhängend, so dass Sie im Rahmen der Prüfungsvorbereitung nicht mehr genau wissen, was gemeint war. Da Prüfungen in Rechtsfächern auch häufig als Modulprüfungen erfolgen, ist das Zeitbudget, das Ihnen zum Lernen zur Verfügung steht, sehr begrenzt. Schließlich ist es mit Jura ein bisschen wie mit Fußball: Nur weil Sie die Regeln im Fußball kennen, sind Sie noch lange kein guter Fußballspieler. Sie müssen erst trainieren. Und dafür brauchen Sie einen Trainer.

Diese Überlegungen haben uns veranlasst, das vorliegende Buch zu schreiben.

Unser Ziel ist dabei, Ihnen ein Buch an die Hand zu geben, das Sie ergänzend zu Ihrer Vorlesung und in der Klausurphase durcharbeiten können, um ein optimales Prüfungsergebnis zu erzielen. Hierbei haben wir besonderes Augenmerk daraufgelegt, die Themen für den Nichtjuristen kurz, prägnant, anschaulich und verständlich zu erklären und viele Beispiele, Lernhilfen, Schaubilder und Kontrollfragen eingesetzt. Unser inhaltliches Ziel war es, alle relevanten Fächer des Wirtschaftsrechts abzudecken, so dass Sie das Buch nicht nur in den Grundlagenvorlesungen im bürgerlichen Recht, Handels- und Gesellschaftsrecht verwenden können, sondern auch in zahlreichen weiteren Vorlesungen, wie Arbeitsrecht, Medienrecht, Wettbewerbsrecht etc. Die unterschiedliche Schwerpunktsetzung ist dabei unserer Erfahrung der Stoffgewichtung in der Hochschulbildung geschuldet. Gleichzeitig soll das Buch Ihr „Trainer“ sein. So führen wir

Vorwort

Sie mit zahlreichen Fallbeispielen, Kontrollfragen, Lerntipps und Erläuterungen zu den Falllösungen Stück für Stück in die Arbeitstechnik der Juristen ein, die für den Nichtjuristen oft so befremdlich ist.

Wenn Sie unter Zuhilfenahme dieses Buches am Ende Ihrer Rechtsvorlesung und eines (hoffentlich) erfolgreichen Klausurabschlusses erkennen, dass Jura keine trockene und langweilige Materie ist, sondern die Vielfältigkeit des Lebens widerspiegelt und richtig Spaß machen kann, dann haben wir unser Ziel vollständig erreicht.

Den arbeitsrechtlichen Teil dieses Buches hat unsere liebe Kollegin Frau Rechtsanwältin Margit Fink bearbeitet. Bereits an ihren Fallbeispielen, die alle aus ihrer beruflichen Praxis stammen, kann man die Vitalität des Arbeitsrechts deutlich erkennen. Für den praktischen Einblick in das Thema Arbeitsrecht bedanken wir uns herzlich bei Ihr. Unser ganz besonderer Dank geht auch an unsere Assistentin Frau Manuela Zwerger, an Frau Ursula und Herrn Heinz Distel für ihre Anregungen, guten Ideen und Korrekturen und an unseren Lektor Herrn Philipp Haubelt für die nicht nur fachlich kompetente, sondern immer auch freundliche Unterstützung.

Wir freuen uns über Hinweise, Verbesserungsvorschläge, Lob und Kritik unter: kathrin.zwecker@hnu.de.

Ulm, Oktober 2017

Kathrin & Kai-Thorsten Zwecker

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|-----|
| Vorwort zur 2. Auflage | VII |
| Vorwort | IX |
| Abkürzungsverzeichnis | XXI |
| | |
| Teil 1: Allgemeine Grundlagen des Wirtschaftsrechts | 1 |
| 1. Kapitel: Rechtsordnung, Rechtsverhältnisse, Rechtssystem und Begriff des Wirtschaftsrechts | 1 |
| I. Einführung | 1 |
| II. Rechtsordnung | 1 |
| III. Rechtsverhältnisse | 2 |
| IV. Rechtssystem | 3 |
| V. Wirtschaftsrecht | 4 |
| 2. Kapitel: Methodik der Fallbearbeitung | 5 |
| I. Einführung und allgemeines Vorgehen | 5 |
| 1. Anspruchsgrundlagen | 6 |
| 2. Tatbestandsvoraussetzungen | 7 |
| 3. Subsumtion | 8 |
| 4. Folgerungen und Ergebnis | 10 |
| 5. Gegenrechte des Anspruchsgegners | 10 |
| II. Darstellung in der Klausur | 11 |
| | |
| Teil 2: Schuldrecht | 14 |
| 1. Kapitel: Grundlagen | 14 |
| I. Allgemeines Schuldrecht | 14 |
| 1. Entstehung von Schuldverhältnissen | 15 |
| 2. Leistungsstörungen | 16 |
| 3. Erlöschen von Schuldverhältnissen | 17 |
| II. Besonderes Schuldrecht | 18 |
| 2. Kapitel: Vertragliche Schuldverhältnisse | 19 |
| I. Entstehung vertraglicher Schuldverhältnisse | 19 |
| II. Vertragsschluss und Willenserklärung | 20 |
| 1. Willenserklärung | 20 |
| 2. Vertragsschluss | 22 |
| a) Antrag/Angebot | 23 |
| b) Annahme | 23 |
| 3. Kaufmännisches Bestätigungsschreiben | 23 |
| 4. Nichtigkeitsgründe | 25 |
| a) Anfechtung | 26 |
| aa) Anfechtungsgründe | 27 |
| bb) Vollzug der Anfechtung | 28 |
| b) Geheimer Vorbehalt, Scheingeschäft, Mangel der Ernstlichkeit | 28 |

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|------|---|----|
| c) | Verstoß gegen ein gesetzliches Verbot | 29 |
| d) | Sittenwidrigkeit | 29 |
| e) | Formmangel. | 30 |
| f) | Geschäftsunfähigkeit | 33 |
| III. | Stellvertretung | 35 |
| 1. | Grundlagen | 35 |
| a) | Zulässigkeit der Stellvertretung. | 36 |
| b) | Abgabe einer eigenen Willenserklärung durch den Vertreter | 36 |
| c) | Handeln im Namen des Vertretenen | 37 |
| d) | Vertretungsmacht | 38 |
| 2. | Rechtsscheinvollmachten | 39 |
| 3. | Vertreter ohne Vertretungsmacht. | 40 |
| 4. | Grenzen der Vertretungsmacht | 41 |
| IV. | Allgemeine Geschäftsbedingungen | 42 |
| 1. | Sinn und Zweck Allgemeiner Geschäftsbedingungen | 42 |
| 2. | Umgang mit Allgemeinen Geschäftsbedingungen | 43 |
| a) | Begriff. | 43 |
| b) | Anwendungsbereich | 43 |
| c) | Einbeziehung von Allgemeinen Geschäftsbedingungen | 43 |
| aa) | Hinweis. | 44 |
| bb) | Zumutbare Möglichkeit der Kenntnisnahme | 44 |
| cc) | Einverständnis | 44 |
| d) | Überraschklauseln | 45 |
| e) | Inhaltskontrolle von Allgemeinen Geschäftsbedingungen | 45 |
| f) | Rechtsfolgen der Unwirksamkeit. | 46 |
| V. | Widerrufsrecht | 46 |
| 1. | Verbrauchervertrag | 47 |
| 2. | Gesetzliches Widerrufsrecht. | 47 |
| a) | Fernabsatzverträge. | 48 |
| b) | Außerhalb von Geschäftsräumen geschlossene Verträge | 48 |
| 3. | Widerrufserklärung | 49 |
| 4. | Widerrufsfrist | 50 |
| VI. | Leistungsstörungen | 52 |
| 1. | Grundlagen | 52 |
| a) | Leistungspflichten. | 52 |
| b) | Schuldarten | 53 |
| 2. | Systematik des Leistungsstörungenrechts | 55 |
| 3. | Schadenersatz wegen Schlechtleistung | 56 |
| a) | Bestehen eines Schuldverhältnisses | 56 |
| b) | Pflichtverletzung des Schuldners. | 56 |
| c) | Vertreten müssen der Pflichtverletzung | 57 |
| d) | Entstehung eines Schadens. | 59 |
| aa) | Differenzmethode. | 59 |
| bb) | Schadensarten | 60 |
| cc) | Umfang des zu ersetzenden Schadens | 62 |
| dd) | Schadenskausalität | 62 |
| ee) | Schadensminderung/Mitverschulden. | 63 |

| | |
|--|-----|
| 4. Unmöglichkeit | 63 |
| a) Rechtsfolgen für die Leistungspflicht | 65 |
| b) Rechtsfolgen für die Pflicht zur Gegenleistung. | 65 |
| c) Sekundäransprüche des Gläubigers | 66 |
| 5. Schuldnerverzug | 67 |
| a) Voraussetzungen des Schuldnerverzuges. | 67 |
| aa) Fälliger und durchsetzbarer Erfüllungsanspruch | 67 |
| bb) Nichtleistung trotz Möglichkeit | 68 |
| cc) Mahnung | 68 |
| dd) Vertreten müssen | 69 |
| b) Rechtsfolgen des Schuldnerverzuges | 69 |
| VII. Zession | 71 |
| 1. Voraussetzungen der Abtretung. | 71 |
| 2. Rechtsfolgen der Abtretung | 73 |
| 3. Regelungen zum Schuldnerschutz. | 73 |
| VIII. Beteiligung mehrerer an Schuldverhältnissen | 74 |
| 1. Gesamtschuldnerschaft | 74 |
| 2. Gesamtgläubigerschaft. | 75 |
| IX. Ausgewählte Vertragstypen | 75 |
| 1. Allgemeine Grundlagen. | 75 |
| 2. Kaufvertrag | 76 |
| a) Kaufgegenstand | 76 |
| b) Inhalt und Gegenstand des Kaufvertrages. | 76 |
| c) Vertragspflichten beim Kaufvertrag | 76 |
| d) Besondere Regelungen zum Gefahrübergang | 78 |
| e) Gewährleistung | 79 |
| f) Rechte des Käufers bei Mängeln. | 79 |
| aa) Mangel | 81 |
| bb) Gewährleistungsausschlüsse und Verjährung | 83 |
| cc) Nacherfüllungsrecht | 84 |
| dd) Nachrangige Gewährleistungsrechte | 84 |
| ee) Verbrauchsgüterkauf | 86 |
| 3. Mietvertrag. | 89 |
| a) Mietgegenstand | 89 |
| b) Vertragspflichten beim Mietvertrag | 91 |
| c) Beendigung des Mietvertrages | 91 |
| d) Gewährleistung | 94 |
| 4. Werkvertrag | 95 |
| a) Vertragsgegenstand. | 95 |
| b) Inhalt und Gegenstand des Werkvertrages | 97 |
| c) Gewährleistung | 99 |
| aa) Mangel | 100 |
| bb) Gewährleistungsausschluss und Verjährung | 100 |
| cc) Nacherfüllungsrecht | 100 |
| dd) Nachrangige Gewährleistungsrechte | 101 |
| d) Kündigungsrecht des Bestellers. | 103 |

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----|
| 5. Dienstvertrag | 103 |
| 6. Darlehensvertrag | 103 |
| a) Vertragsgegenstand | 104 |
| b) Inhalt und Gegenstand des Darlehensvertrages | 104 |
| aa) Allgemeine Regelungen | 105 |
| bb) Verbraucherdarlehensvertrag | 105 |
| 3. Kapitel: Gesetzliche Schuldverhältnisse | 107 |
| I. Grundlagen | 107 |
| II. Kondiktionsrecht | 108 |
| 1. Etwas erlangt | 109 |
| 2. Durch Leistung oder in sonstiger Weise | 109 |
| a) Leistungskondition | 109 |
| b) Nicht-Leistungskonditionen | 109 |
| 3. Ohne rechtlichen Grund | 110 |
| 4. Inhalt und Umfang des Bereicherungsanspruchs | 112 |
| III. Geschäftsführung ohne Auftrag (GOA) | 112 |
| 1. Grundlagen | 112 |
| a) Fremdes Geschäft | 113 |
| b) Fremdgeschäftsführerwillen | 113 |
| c) Ohne Auftrag oder sonstige Berechtigung | 113 |
| d) Interesse oder mutmaßlicher Wille | 113 |
| 2. Rechtsfolgen | 114 |
| IV. Delikt | 114 |
| 1. Grundlagen des Deliktsrechts | 115 |
| 2. Verschuldenshaftung | 116 |
| a) § 823 Abs. 1 BGB | 116 |
| aa) Rechtsgutsverletzung | 118 |
| bb) Handlung | 120 |
| cc) Rechtswidrigkeit | 121 |
| dd) Verschulden | 121 |
| ee) Rechtsfolgen | 121 |
| b) § 823 Abs. 2 BGB | 122 |
| c) § 826 BGB | 122 |
| 3. Haftung für vermutetes Verschulden | 124 |
| a) Verrichtungsgehilfe | 124 |
| b) Unerlaubte Handlung | 125 |
| c) Kausaler Schaden | 125 |
| d) Kein Entlastungsbeweis | 125 |
| 4. Gefährdungshaftung | 126 |
| a) Vorliegen eines Produkts | 127 |
| b) Vorliegen eines Produktfehlers | 127 |
| c) Schutzgutsverletzung | 127 |
| d) Anspruchsgegner ist Hersteller | 127 |
| e) Ersatzfähiger Schaden | 128 |
| f) Keine Haftungsausschlüsse | 128 |

| | |
|--|-----|
| Teil 3: Sachenrecht | 129 |
| 1. Kapitel: Grundlagen | 129 |
| I. Wichtige Begriffe im Sachenrecht | 129 |
| II. Die fünf Grundprinzipien des Sachenrechts | 131 |
| 1. Publizitätsprinzip | 131 |
| 2. Spezialitätsgrundsatz | 131 |
| 3. Typenzwang | 132 |
| 4. Absolutheit | 132 |
| 5. Abstraktionsprinzip | 132 |
| 2. Kapitel: Mobiliarsachenrecht | 133 |
| I. Übereignung beweglicher Sachen | 133 |
| 1. Einigung | 134 |
| 2. Übergabe | 134 |
| 3. Einig sein bei Übergabe | 135 |
| 4. Berechtigung | 135 |
| II. Sicherungsrechte | 137 |
| 1. Eigentumsvorbehalt | 137 |
| 2. Sicherungsübereignung | 140 |
| 3. Gesetzlicher Eigentumserwerb | 141 |
| 4. Das Eigentümer-Besitzer-Verhältnis | 141 |
| 3. Kapitel: Immobiliarsachenrecht | 141 |
| I. Verfügung über Grundstücke | 142 |
| 1. Auflassung | 143 |
| 2. Eintragung | 143 |
| 3. Einigsein bei Eintragung | 143 |
| 4. Berechtigung | 143 |
| II. Sicherungsrechte | 145 |
| 1. Hypothek | 145 |
| 2. Grundschuld | 147 |
| | |
| Teil 4: Handelsrecht | 149 |
| 1. Kapitel: Grundlagen | 149 |
| 2. Kapitel: Kaufleute | 150 |
| I. Begriff | 150 |
| 1. Kaufmann kraft Betreibens eines Handelsgewerbes | 150 |
| 2. Kaufmann kraft Eintragung | 152 |
| 3. Kaufmann kraft Rechtsform | 153 |
| II. Handelsregister | 154 |
| 1. Positive Publizität | 155 |
| 2. Negative Publizität | 156 |
| 3. Falsche Bekanntmachung | 157 |
| III. (Handels-)Firma | 158 |
| 1. Grundsätze der Firmenbildung | 158 |
| 2. Haftung bei Firmenfortführung | 160 |

Inhaltsverzeichnis

| | | |
|----------------|---|------------|
| 3. Kapitel: | Kaufmännische Hilfspersonen | 161 |
| I. | Unselbstständige kaufmännische Hilfspersonen. | 161 |
| 1. | Grundlagen | 161 |
| 2. | Prokura | 162 |
| 3. | Handlungsvollmacht | 164 |
| 4. | Ladenangestellte | 164 |
| II. | Selbstständige kaufmännische Hilfspersonen | 164 |
| 1. | Grundlagen | 164 |
| 2. | Absatzhelfer | 165 |
| a) | Handelsvertreter | 165 |
| b) | Handelsmakler | 168 |
| c) | Kommissionäre. | 168 |
| 3. | Absatzmittler | 169 |
| a) | Händler/Reseller. | 169 |
| b) | Vertragshändler. | 169 |
| c) | Franchising | 169 |
| 4. Kapitel: | Handelsgeschäfte. | 170 |
| | | |
| Teil 5: | Gesellschaftsrecht | 174 |
| 1. Kapitel: | Grundlagen | 174 |
| 2. Kapitel: | Personengesellschaften. | 176 |
| I. | Überblick. | 176 |
| II. | Gesellschaft bürgerlichen Rechts (GbR) | 177 |
| 1. | Grundlagen | 177 |
| 2. | Entstehung und Auflösung der GbR | 178 |
| 3. | Stellung der Gesellschafter | 179 |
| 4. | Organisationsstruktur der GbR. | 179 |
| a) | Geschäftsführung und Vertretung | 179 |
| b) | Haftung. | 180 |
| III. | Offene Handelsgesellschaft (OHG) | 181 |
| 1. | Grundlagen | 181 |
| 2. | Gründung und Auflösung | 182 |
| 3. | Stellung der Gesellschafter | 182 |
| 4. | Organisationsstruktur der oHG. | 182 |
| a) | Geschäftsführung und Vertretung | 182 |
| b) | Haftung. | 182 |
| IV. | Kommanditgesellschaft (KG) | 184 |
| 1. | Grundlagen | 184 |
| 2. | Gründung und Auflösung | 184 |
| 3. | Stellung der Gesellschafter | 184 |
| 4. | Haftung. | 185 |
| 5. | Sonderform: GmbH & Co.KG | 186 |

| | | |
|----------------|---|-----|
| 3. Kapitel: | Körperschaften | 187 |
| I. | Grundlagen | 187 |
| II. | Gesellschaft mit beschränkter Haftung (GmbH) | 188 |
| 1. | Grundlagen | 188 |
| 2. | Gründung und Auflösung | 188 |
| 3. | Stellung der Gesellschafter | 191 |
| 4. | Organisationsstruktur der GmbH | 191 |
| a) | Geschäftsführung | 191 |
| b) | Gesellschafterversammlung | 192 |
| 5. | Haftung. | 193 |
| III. | Aktiengesellschaft (AG) | 193 |
| 1. | Grundlagen | 193 |
| 2. | Gründung und Auflösung | 193 |
| 3. | Stellung der Gesellschafter (Aktionäre) | 195 |
| 4. | Organisationsstruktur der AG | 195 |
| a) | Vorstand | 195 |
| b) | Aufsichtsrat | 195 |
| c) | Hauptversammlung. | 195 |
| 5. | Haftung. | 196 |
| | | |
| Teil 6: | Arbeitsrecht | |
| | <i>(Bearbeiterin: RAin Margit Fink)</i> | 197 |
| 1. Kapitel: | Arbeitsvertrag und Dienstvertrag. | 197 |
| 2. Kapitel: | Begründung des Arbeitsverhältnisses | 199 |
| 3. Kapitel: | Vergütung ohne Arbeit | 200 |
| I. | Entgeltfortzahlung im Krankheitsfall | 200 |
| II. | Urlaub. | 203 |
| 1. | Voraussetzungen des Urlaubsanspruchs | 203 |
| 2. | Urlaubsvergütung | 205 |
| 3. | Urlaubsabgeltung | 206 |
| 4. Kapitel: | Beendigung des Arbeitsverhältnisses | 207 |
| I. | Beendigungsgründe. | 207 |
| II. | Befristungen, Zeitablauf. | 208 |
| 1. | Sachgrundbefristung | 208 |
| 2. | Sachgrundlose Befristung. | 208 |
| III. | Beendigung des Arbeitsverhältnisses durch Kündigung | 209 |
| 1. | Außerordentliche Kündigung | 209 |
| 2. | Ordentliche Kündigung. | 212 |
| a) | Betriebsbedingte Kündigung | 215 |
| b) | Kündigung wegen personenbedingter Gründe | 220 |
| c) | Verhaltensbedingte Kündigung. | 223 |
| 3. | Anhörung des Betriebsrats | 225 |

Inhaltsverzeichnis

| | |
|---|-----|
| Teil 7: Gewerblicher und geistiger Rechtsschutz | 228 |
| 1. Kapitel: Grundlagen | 228 |
| 2. Kapitel: Markenrecht. | 229 |
| I. Einführung in das Markenrecht | 229 |
| II. Welche Arten von Marken gibt es | 230 |
| III. Entstehung des Markenschutzes | 232 |
| IV. Schutzvoraussetzungen. | 234 |
| 1. Grundlagen | 234 |
| 2. Absolute Schutzhindernisse | 235 |
| 3. Relative Schutzhindernisse | 237 |
| V. Ausschließliches Recht des Inhabers einer Marke | 238 |
| 1. Grundlagen | 238 |
| 2. Bestimmung der Verwechslungsgefahr | 239 |
| a) Kennzeichnungskraft. | 239 |
| b) Ähnlichkeit der Waren bzw. Dienstleistungen. | 239 |
| c) Ähnlichkeit der Zeichen | 239 |
| VI. Schranken des Markenschutzes | 240 |
| 1. Verjährung, § 20 MarkenG | 240 |
| 2. Verwirkung, § 21 MarkenG | 240 |
| 3. Markenrechtliche Erschöpfung, § 24 Abs. 1 MarkenG | 240 |
| 4. Nichtbenutzung der Marke, § 25 MarkenG | 241 |
| VII. Weitergabe von Markenrechten | 241 |
| 1. Übertragung von Marken. | 241 |
| 2. Erteilung von Lizenzen | 241 |
| 3. Kapitel: Urheberrecht | 242 |
| I. Grundlagen | 242 |
| II. Das Werk als zentraler Begriff des Urheberrechts. | 242 |
| III. Entstehung des Urheberrechts. | 244 |
| IV. Der Inhalt des Urheberrechts | 245 |
| 1. Urheberpersönlichkeitsrecht | 245 |
| 2. Verwertungsrechte. | 246 |
| 3. Sonstige Rechte | 247 |
| V. Beschränkung der Nutzungsrechte | 248 |
| VI. Urheberrechtsreform | 250 |
| Teil 8: Wettbewerbsrecht | 251 |
| 1. Kapitel: Grundlagen | 251 |
| 2. Kapitel: Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG). | 252 |
| I. Schutzzweck und Struktur des UWG. | 252 |
| II. Unlauterkeitstatbestände | 254 |
| 1. Die „Schwarze Liste“ | 254 |
| 2. Rechtsbruch | 255 |
| 3. Mitbewerberschutz | 255 |
| 4. Aggressive geschäftliche Handlungen. | 256 |

| | | |
|----------------|--|-----|
| 5. | Irreführende geschäftliche Handlungen | 256 |
| 6. | Irreführung durch Unterlassen | 257 |
| 7. | Vergleichende Werbung | 257 |
| 8. | Unzumutbare Belästigungen. | 258 |
| III. | Rechtsfolgen von Verstößen | 258 |
| 3. Kapitel: | Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) | 259 |
| I. | Schutzzweck und Struktur des GWB | 260 |
| II. | Das Kartellverbot | 260 |
| III. | Ausnahmen vom Kartellverbot | 262 |
| IV. | Rechtsfolgen bei Verstößen gegen das Kartellverbot. | 263 |
| V. | Missbrauch einer marktbeherrschenden Stellung. | 263 |
| 1. | Marktbeherrschung | 263 |
| 2. | Missbrauchstatbestände | 264 |
| VI. | Zusammenschlusskontrolle. | 264 |
| VII. | Zusammenschlusstatbestand | 265 |
| 1. | Aufgreifkriterien. | 265 |
| 2. | Begründung oder Verstärkung einer marktbeherrschenden Stellung. | 265 |
| | | |
| Teil 9: | Öffentliches Wirtschaftsrecht | |
| | <i>(Bearbeiter: RA Dr. Thomas Würtenberger)</i> | 267 |
| 1. Kapitel: | Grundlagen | 267 |
| 2. Kapitel: | Inhalte des öffentlichen Wirtschaftsrechts. | 268 |
| I. | Wirtschaftsverwaltungsrecht | 268 |
| II. | Wirtschaftsverfassungsrecht. | 271 |
| 3. Kapitel: | Ausgewählte Bereiche des öffentlichen Wirtschaftsrechts | 273 |
| I. | Gewerberecht | 275 |
| 1. | Gewerbeordnung | 275 |
| 2. | Handwerksordnung. | 276 |
| 3. | Gaststättenrecht | 276 |
| 4. | Ladenschlussgesetz und Feiertagsrecht | 276 |
| 5. | Glücksspielrecht | 277 |
| II. | Baurecht | 277 |
| III. | Polizei- und Ordnungsrecht | 279 |
| IV. | Umweltrecht. | 279 |
| 1. | Immissionsschutzrecht. | 280 |
| 2. | Wasserrecht | 281 |
| 3. | Kreislaufwirtschaftsrecht | 281 |
| 4. | Bodenschutzrecht | 281 |
| 5. | Naturschutzrecht | 282 |
| 6. | Klimaschutzrecht | 282 |
| V. | Gesundheitsrecht | 283 |
| VI. | Telekommunikationsrecht | 284 |
| VII. | Datenschutzrecht | 284 |
| 1. | Grundlagen | 284 |

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|------------|
| 2. Gesetzliche Regelungen | 284 |
| 3. Zentrale Grundsätze der DS-GVO. | 286 |
| 4. Folgen von Verstößen gegen die DS-GVO | 288 |
| | |
| Teil 10: Lernhilfen und Übersichten | 289 |
| | |
| Teil 11: Lernkontrolle | 300 |
| | |
| Stichwortverzeichnis | 311 |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|----------|--|
| a. a. O. | am angegebenen Ort |
| Abb. | Abbildung |
| Abs. | Absatz |
| a. F. | alte Fassung |
| AG | Amtsgericht |
| AGB | Allgemeine Geschäftsbedingungen |
| AGG | Allgemeines Gleichbehandlungsgesetz |
| AktG | Aktiengesetz |
| ArbG | Arbeitsgericht |
| ArbGG | Arbeitsgerichtsgesetz |
| Art. | Artikel |
| Az. | Aktenzeichen |
| BAG | Bundesarbeitsgericht |
| BGB | Bürgerliches Gesetzbuch |
| BGH | Bundesgerichtshof |
| BGHSt | in Strafsachen des Bundesgerichtshofes |
| BVerfG | Bundesverfassungsgericht |
| bzgl. | bezüglich |
| Bsp.(e) | Beispiel(e) |
| bspw. | beispielsweise |
| d. h. | das heißt |
| Def. | Definition |
| DS-GVO | Datenschutzgrundverordnung |
| e.V. | eingetragener Verein |
| f. | folgende, für |
| ff. | fortfolgende |
| Fn. | Fußnote |
| GewO | Gewerbeordnung |
| GG | Grundgesetz |
| GmbH | Gesellschaft mit beschränkter Haftung |
| GmbHG | GmbH-Gesetz |
| ggf. | gegebenenfalls |
| GOA | Geschäftsführung ohne Auftrag |
| GWB | Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen |
| Hrsg. | Herausgeber |
| HGB | Handelsgesetzbuch |
| h. M. | herrschende Meinung |
| i. d. R. | in der Regel |
| i. d. F. | in der Fassung |
| i. d. S. | in dem Sinne |
| i. V. m. | in Verbindung mit |
| i. H. v. | in Höhe von |
| insb. | insbesondere |
| KG | Kommanditgesellschaft |
| LG | Landesgericht |
| lt. | laut |
| MarkenG | Markengesetz |

Abkürzungsverzeichnis

| | |
|--------|--|
| n. F. | neue Fassung |
| Nr. | Nummer |
| OLG | Oberlandesgericht |
| OHG | Offene Handelsgesellschaft |
| RA(in) | – Rechtsanwa(ä)lt(in) |
| Rspr. | Rechtsprechung |
| Rn. | Randnummer |
| s. | siehe |
| S. | Seite |
| sog. | sogenannt |
| u. a. | unter anderem |
| UrhG | Urhebergesetz |
| u. U. | unter Umständen |
| UWG | Gesetz gegen den Unlauteren Wettbewerb |
| v. | von, vom |
| vgl. | vergleiche |
| VA | Verwaltungsakt |
| WE | Willenserklärung |
| WP | Wahlperiode |
| z. B. | zum Beispiel |

Teil 1: Allgemeine Grundlagen des Wirtschaftsrechts

1. Kapitel: Rechtsordnung, Rechtsverhältnisse, Rechtssystem und Begriff des Wirtschaftsrechts

I. Einführung

Warum ist das Thema für Sie von Bedeutung:

Gleich in welchem Bereich Sie später tätig sind, Sie werden immer mit rechtlichen Fragestellungen konfrontiert sein. So kann etwa ein Mitarbeiter im Personalwesen ohne Kenntnisse im Arbeitsrecht genauso wenig erfolgreich sein, wie ein Controller ohne Kenntnisse im Gesellschaftsrecht. Deshalb ist es notwendig, dass Sie im Rahmen Ihrer Hochschulausbildung rechtliche Grundbegriffe, Strukturen und Denkmuster kennenlernen und verstehen, um diese in Ihrer späteren beruflichen Tätigkeit erfolgreich anwenden zu können. Vertiefte dogmatische¹ Detailkenntnisse werden von Ihnen nicht erwartet, das ist Aufgabe der Juristen. Einfache Sachverhalte müssen Sie in der Praxis aber oft selbst lösen (Beispiel: Kann ich den Vertrag mit dem Kunden so unterschreiben? Wie melde ich eine Marke für unser neues Produkt an? Kann ich diese Information an meinen Wettbewerber geben? etc.). Aber auch eine erfolgreiche Zusammenarbeit mit den Juristen Ihres Unternehmens setzt voraus, dass Sie über Grundkenntnisse unserer Rechtsordnung verfügen.

1

Fallbeispiel 1 (Lösung s. Rn. 10):

Student S² hat seinen Bachelor in BWL erfolgreich abgeschlossen und in der Einkaufsabteilung eines mittelständischen Unternehmens angefangen. Eine seiner ersten Aufgaben besteht darin, einen langfristigen Liefervertrag mit einem Lieferanten für Rohwaren zu verhandeln und abzuschließen. S wählt verschiedene Lieferanten aus und führt mit diesen Preisverhandlungen. Mit dem Günstigsten will er dann das Geschäft abschließen, nicht zuletzt deshalb, weil ihm dieser angeboten hat, dass er eine Dauerkarte für den FC Bayern erhält, wenn er das Geschäft mit ihm macht. Der Lieferant legt S daraufhin einen umfangreichen schriftlichen Vertrag mit allgemeinen Verkaufsbedingungen, einem Pflichten- und Lastenheft und umfangreichen technischen Beschreibungen zur Unterschrift vor. S fragt sich, welche rechtlichen Fragen er wohl in diesem Zusammenhang zu beachten hat.

II. Rechtsordnung

Als **Rechtsordnung** bezeichnet man die Gesamtheit aller Rechtsgrundsätze. Es handelt sich also um die „Spielregeln“ im Zusammenleben in einer Gesellschaftsordnung. Diese finden sich in erster Linie in formal gesetztem Recht, also in Gesetzen, Rechtsverordnungen und Satzungen. Einige Rechtsgrundsätze ergeben sich auch aus Gewohnheitsrecht, das sich aus einer lange geübten Praxis entwickelt hat. Anders als im anglo-amerikanischen Rechtskreis haben Gerichtsurteile bei uns keine Gesetzeskraft. Sie gelten

2

1 Grundlegende wissenschaftliche Lehraussagen.

2 In juristischen Ausbildungsfällen werden für Personen und Gesellschaften Platzhalter verwendet, also statt Herr Frank Schmitt nur S oder statt der Deutschen Bank AG nur A.

nur zwischen den Parteien des jeweiligen Rechtsstreites (inter partes), haben jedoch keine Allgemeingültigkeit (inter omnes).³

III. Rechtsverhältnisse

- 3 Bei allen rechtlichen Themenstellungen im Rahmen der Ausbildung im Wirtschaftsrecht an Hochschulen geht es in erster Linie um **Rechtsverhältnisse**. Ein Rechtsverhältnis bezeichnet die Beziehung zweier oder mehrere Rechtssubjekte zueinander oder die Beziehung eines Rechtssubjektes zu einem Rechtsobjekt.
- 4 **Rechtssubjekte**, also Teilnehmer am Rechtsverkehr, sind insbesondere:
 - **Natürliche Personen**, deren Rechtsfähigkeit mit der Geburt beginnt (§ 1 BGB) und mit dem Tod endet (§ 1922 BGB) (Beispiel: Herr Müller, Frau Mayer, ...)
 - **Gesellschaften**, deren Rechtsfähigkeit mit einem konstitutiven Gründungsakt beginnt (Beispiel: Eintragung ins Vereinsregister) und mit Abschluss der Liquidation endet. Gesellschaften sind einmal juristische Personen (Beispiel: Verein, GmbH, AG, ...), aber auch Personengesellschaften (Beispiel: BGB-Gesellschaft, offene Handelsgesellschaft, Kommanditgesellschaft, ...)

Beachten Sie:
 Gesellschaften sind rein fiktive Gebilde. Damit diese als Rechtssubjekt am Rechtsverkehr teilnehmen können, also Verträge schließen können, Eigentum erwerben, klagen und verklagt werden können, muss sich aus einem Gesetz ergeben, dass die Gesellschaft rechtsfähig ist (lesen Sie z. B. § 124 Abs. 1 HGB). Als fiktive Gebilde können Gesellschaften – anders als natürliche Personen – auch nicht handeln. Sie brauchen daher „künstliche Organe“, die das für sie übernehmen. Solche Organe sind etwa der Geschäftsführer, der Vorstand oder die Gesellschafterversammlung. Welche Organe es bei der jeweiligen Gesellschaft gibt und wie sie funktionieren lernen Sie im Gesellschaftsrecht (Rn. 577 ff.).

- **Körperschaften des öffentlichen Rechts** (Beispiel: Gebietskörperschaften, wie der Bund, die Länder oder Gemeinden)

| Rechtssubjekte | | | | |
|-----------------|--------|------------------------------|---|--|
| | | Natürliche Personen | Gesellschaften | Körperschaften des öffentlichen Recht |
| Rechtsfähigkeit | Beginn | Geburt (§ 1 BGB) | konstitutiver Gründungsakt | |
| | Ende | Tod (§ 1922 BGB) | Abschluss der Liquidation | |
| Beispiel | | Herr Müller, Frau Mayer, ... | Juristische Personen: Verein, GmbH, AG, ... Personengesellschaften: BGB-Ges., OHG, KG, ... | Gebietskörperschaften: der Bund, die Länder oder Gemeinden, ... |

Abbildung 1: Rechtssubjekte

- 5 **Rechtsobjekte** (auch Rechtsgegenstand genannt) bezeichnen einen Gegenstand, auf den sich ein Herrschaftsrecht (etwa Eigentum oder Besitz) beziehen kann. Sie lassen sich in körperliche Rechtsobjekte (Sachen im Sinne von § 90 BGB) und unkörperliche Rechtsobjekte (sogenannte Immaterialgüter wie bspw. Marken im Sinne von § 3 MarkenG) unterteilen.

³ Etwas anderes gilt etwa bei Urteilen des Bundesverfassungsgerichts, die i. d. R. Gesetzeskraft haben. Juristen nutzen Gerichtsurteile häufig als Orientierungsmaßstab bei der Auslegung und Anwendung von Gesetzen.

| Rechtsobjekte | | |
|---------------|----------------------------|---------------------|
| | Körperlich | Unkörperlich |
| Ausprägung | Sachen (§ 90 BGB) | Immaterialgüter |
| Beispiel | Tisch, Fahrrad, Handy, ... | Marke (§ 3 MarkenG) |

Abbildung 2: Rechtsobjekte

IV. Rechtssystem

Rechtsverhältnisse können öffentlich-rechtlich oder privatrechtlich sein. 6

Das **öffentliche Recht** ist dabei der Teil der Rechtsordnung, der das Verhältnis zwischen Trägern der öffentlichen Gewalt (dem Staat) und Privatrechtssubjekten (den Bürgern) regelt. Es besteht ein **Über- und Unterordnungsverhältnis**. Der Staat handelt in der Regel durch Verwaltungsakte (Bescheide). 7

Beispiel: Bürger A bekommt von der Gemeinde G einen Strafzettel wegen Falschparkens.

Das **Privatrecht** hingegen regelt die rechtlichen Beziehungen zwischen Privatrechtssubjekten. Es besteht ein **Gleichordnungsverhältnis**. In der Regel werden diese Rechtsbeziehungen mit Verträgen geregelt und gestaltet. 8

Beispiel: Bürger A verkauft sein Auto an Bürger B.

Beachten Sie:
Auch der Staat kann wie ein Privatrechtssubjekt am Rechtsverkehr teilnehmen. Man spricht dann von einer sogenannten **Fiskaltätigkeit**. In diesem Fall unterliegt auch der Staat den Regelungen des Privatrechts.

Beispiel: Eine Gemeinde kauft bei einem Händler Büromaterial ein.



| Rechtssystem | | |
|--------------|--|---|
| | Öffentliches Recht | Privatrecht |
| Beteiligte | Staat und Bürger | Bürger und Bürger |
| Verhältnis | Über-/Unterordnungsverhältnis  | Gleichordnungsverhältnis  |
| Beispiel | Strafrecht, Völkerrecht, Supranationales Recht, (z.B. Europarecht), Staats- und Verfassungsrecht, Verwaltungsrecht, Beamtenrecht, Öffentliches Baurecht, ... | Bürgerliches Recht, Handelsrecht, Gesellschaftsrecht, Wettbewerbsrecht, Arbeitsrecht, Markenrecht, Gewerblicher Rechtsschutz, ... |

Abbildung 3: Öffentliches und privates Recht

- 9 Die Unterscheidung zwischen öffentlichem Recht und Privatrecht spielt für viele Fragen eine zentrale Rolle, zum Beispiel:

Welche Gerichte sind bei Streitigkeiten zuständig⁴?

Tabelle 1: Gerichte

| Öffentliches Recht | Privatrecht |
|--------------------------|-------------------------|
| Verwaltungsgericht | Amtsgericht/Landgericht |
| Oberverwaltungsgericht | Oberlandesgericht |
| Bundesverwaltungsgericht | Bundesgerichtshof |

- 10 **Wie werden typischerweise Rechtsbeziehungen gestaltet?**

Tabelle 2: Gestaltung von Rechtsbeziehungen

| Öffentliches Recht | Privatrecht |
|--|---|
| Verwaltungsakte (Beispiel: Baugenehmigung, Bußgeldbescheide, ...) | Verträge (Beispiel: Kaufvertrag, Mietvertrag, ...) |

Lösung zu Fallbeispiel 1:

S als Rechtssubjekt muss im Rahmen der geplanten Rechtsbeziehung mit dem Lieferanten sowohl privatrechtliche Regelungen als auch öffentlich-rechtliche Gesetze beachten.

- Das Privatrecht spielt z. B. bei den Regelungen des BGB zum Vertragsschluss (§§ 145 ff. BGB), zur Stellvertretung (§§ 164 ff. BGB), zu allgemeinen Geschäftsbedingungen (§§ 305 ff. BGB), zur Haftung (§ 280 BGB) und Gewährleistung (§§ 434 ff. BGB) eine Rolle.
- Öffentlich-rechtlich spielt z. B. das Strafrecht eine Rolle, denn die Annahme des Angebotes für die Freikarte beim FC Bayern verwirklicht den Straftatbestand der Bestechlichkeit im geschäftlichen Verkehr (§ 299 Abs. 1 Nr. 1 StGB) und wird mit Freiheitsstrafe bis zu drei Jahren bestraft.

V. Wirtschaftsrecht

- 11 Der Begriff **Wirtschaftsrecht** ist gesetzlich nicht bestimmt. Es handelt sich um alle wirtschaftlich relevanten Gebiete des öffentlichen und privaten Rechts. Unter dem Begriff Wirtschaftsrecht kann daher eine „Querschnittsmaterie“ der wirtschaftlich relevanten Teile des Privatrechts und des öffentlichen Rechts zusammengefasst werden. Teilweise, bspw. im Arbeitsrecht oder im Recht gegen Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellrecht), findet auch eine Vermengung öffentlich-rechtlicher und privatrechtlicher Vorschriften statt. Die Auswahl der in diesem Lehrbuch dargestellten Inhalte orientiert sich weniger an der Abgrenzung der Begriffe Wirtschaftsprivatrecht und öffentliches Wirtschaftsverwaltungsrecht, sondern vielmehr an der Relevanz für die Hochschulausbildung und die spätere berufliche Praxis.
- 12 Aus dem **bürgerlichen Recht** werden die ausbildungsrelevanten Teile des Schuldrechts, insbesondere der vertraglichen und gesetzlichen Schuldverhältnisse sowie die Grundlagen des Sachenrechts dargestellt. Weiterhin werden die Grundlagen des Sonderprivatrechts für Kaufleute aus dem HGB im Teil Handelsrecht erläutert. Im gesellschaftsrechtlichen Teil werden die einzelnen Unternehmensformen vorgestellt und abgegrenzt. Die wichtigsten Unternehmensformen der Personengesellschaften (offene Handelsgesell-

⁴ Daneben gibt es für bestimmte Rechtsbereiche Spezialzuständigkeiten: zum Beispiel Arbeitsgerichte, Sozialgerichte, Finanzgerichte etc.

schaft und Kommanditgesellschaft) und der juristischen Personen (Gesellschaft mit beschränkter Haftung und Aktiengesellschaft) werden erläutert.

Im **wettbewerbsrechtlichen Teil** werden die Grundlagen zur Sicherung des lautereren Leistungswettbewerbs aus dem Gesetz gegen den unlauteren Wettbewerb (UWG) erläutert und die Regelungen der Marktstrukturkontrolle aus dem Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB). **13**

Im Teil über den **gewerblichen Rechtsschutz** werden die wichtigsten gewerblichen Schutzgesetze, insbesondere das Markengesetz, sowie das Patentgesetz und das Designgesetz dargestellt. Der Schutz von Werken wird im Teil über das Urheberrechtsgesetz behandelt. Im **Arbeitsrecht** erfolgt eine Abgrenzung zwischen dem Tarif- und Mitbestimmungsrecht (kollektives Arbeitsrecht) und dem Sonderrechtsschutz bedürftiger Arbeitnehmer (Individualarbeitsrecht) sowie eine nähere Behandlung der Regelungen des Individualarbeitsrechts. Im **öffentlichen Wirtschaftsverwaltungsrecht** schließlich werden die Grundzüge des Gewerberechts, des Polizei- und Ordnungsrechts, des Umwelt-, Telekommunikations- und Datenschutzrechts behandelt. **14**

2. Kapitel: Methodik der Fallbearbeitung

I. Einführung und allgemeines Vorgehen

Warum ist das Thema für Sie von Bedeutung:

Das Schwierigste gleich zu Anfang. In Ihrem beruflichen Alltag haben Sie in der Regel ein konkretes Ziel, das Sie mit möglichst effizienten Mitteln erreichen müssen. Juristen gehen völlig anders vor, weshalb Hochschulabsolventen oft Schwierigkeiten haben, sich in die Methodik der Juristen hineinzudenken. In der juristischen Ausbildung haben Sie einen vorgegebenen Sachverhalt, den Sie rechtlich bewerten müssen. In der beruflichen Praxis müssen Sie die reale Situation Ihres Arbeitsalltags hingegen erst einmal in die dahinterliegende juristische Aufgabe „übersetzen“. Die im folgenden Kapitel dargestellte Strukturhilfe unterstützt Sie dabei, sowohl in der Klausursituation als auch später in Ihrer beruflichen Tätigkeit juristische Problemstellungen zu erkennen, zu strukturieren, den relevanten Sachverhalt zu subsumieren und die Aufgabenstellung zu lösen. **15**

Fallbeispiel 2 (Lösung s. Rn. 22, 23, 26, 27, 30, 32, 33, 35):

A bietet dem B seinen Porsche für 20.000 € zum Verkauf an und befristet sein Angebot bis zum 31.03. Am 30.03. schreibt B an A eine Mail, in der er die Annahme des Angebotes erklärt. Da A zu dieser Zeit im Urlaub ist, liest er die Mail nicht. Im Urlaub lernt A den C kennen, der ihm das Auto für 25.000 € abkauft. C zahlt gleich bar und nimmt das Auto mit. B möchte nun Schadenersatz.

Aufgabe:

Beurteilen Sie, ob und wenn ja, in welcher Höhe B Schadenersatz von A bekommt. Gehen Sie hierbei davon aus, dass der Porsche einen Wert von 29.000 € hatte.

Aufgrund des dargestellten Sachverhaltes will irgendjemand (Anspruchsteller = B) irgendwas (Anspruchsgegenstand = Schadenersatz) von irgendwem (Anspruchsgegner = A). Ihre Aufgabe in der Klausur und Ihrer späteren Praxis besteht nun darin, diesen Sachverhalt zu bewerten. Diese Aufgabe können Sie nur dann lösen, wenn Sie die juristische Methodik der Fallbearbeitung beherrschen. Mit dieser Methodik können Sie aber **16**

alle Fälle lösen, auch solche, die Sie nicht gelernt haben. In der Klausur ist in der Regel die richtige Anwendung der Methodik viel entscheidender als das gefundene Ergebnis („der Weg ist das Ziel“). Daher sollten Sie vergleichsweise viel Zeit auf das Verstehen und Üben der Methodik verwenden, die im Folgenden in fünf Schritten erläutert wird.

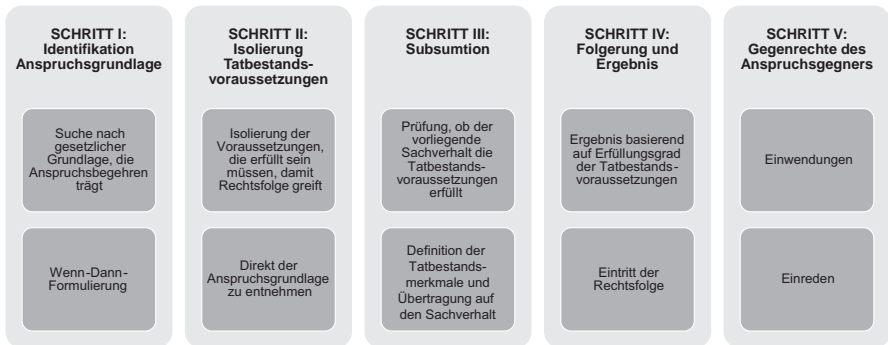


Abbildung 4: Methodik der juristischen Fallbearbeitung

- 17** Was die fünf dargestellten Schritte beinhalten, wird im nachfolgenden Kapitel ausführlich und anhand eines Fallbeispiels näher erläutert.
- 18** Entgegen landläufiger Gerüchte müssen Sie in rechtlichen Fächern keine Gesetze auswendig lernen. Gesetze sind das Werkzeug des Juristen. Dass ein Schreiner ohne Hammer, Nägel und Säge nicht arbeiten kann, leuchtet Ihnen sofort ein. Genauso kann aber der Jurist ohne Gesetz nicht arbeiten. Gewöhnen Sie sich daher von Anfang an daran, immer mit dem Gesetz zu arbeiten. Lesen Sie jede zitierte Vorschrift – auch jede zitierte Vorschrift in diesem Buch – im Gesetz nach. Dies wird Ihnen bei der Entwicklung Ihres juristischen Verständnisses und insbesondere in der Klausur erheblich weiterhelfen. Wenn Sie in Ihrer Klausur zum ersten Mal ins Gesetz schauen, ist es zu spät.

1. Anspruchsgrundlagen

- 19** Wenn ein Anspruchsteller etwas von einem Anspruchsgegner möchte, braucht er eine gesetzliche Grundlage, die sein Begehren trägt. Diese Normen heißen in der juristischen Fachsprache **Anspruchsgrundlagen**. Anspruchsgrundlagen erkennen Sie daran, dass diese unter gewissen Voraussetzungen zu einer bestimmten (der vom Anspruchsteller gewollten) Rechtsfolge führen.

Beachten Sie:

Anspruchsgrundlagen sind immer Normen, die als „**WENN – DANN**“-Sätze aufgebaut sind.

Beispiel: So lautet etwa § 280 Abs. 1 BGB wie folgt:

„Verletzt der Schuldner eine Pflicht aus dem Schuldverhältnis, so kann der Gläubiger Ersatz des hierdurch entstehenden Schadens verlangen.“

Mit anderen Worten:

- **wenn** der Schuldner eine Pflicht aus dem Schuldverhältnis verletzt und hierdurch ein Schaden entsteht (= Tatbestandsvoraussetzungen),
- **dann** kann der Gläubiger diesen Schaden ersetzt verlangen (= Rechtsfolge).

- 20** Man kann Anspruchsgrundlagen also in **Tatbestandsvoraussetzungen (Wenn)** und **Rechtsfolgen (Dann)** zerlegen. Das Auffinden der richtigen Anspruchsgrundlage berei-

tet vielen Studierenden große Schwierigkeiten. Je besser Sie die Systematik eines Gesetzes verstehen, desto einfacher wird das Suchen und Finden der richtigen Anspruchsgrundlage.

Tipps für Anfänger:

- Schauen Sie sich immer genau an, was der Anspruchsteller will und fragen Sie sich, warum der Anspruchsteller meint, einen Anspruch zu haben. 21
Beispiel: B will Schadenersatz, weil A den Vertrag nicht erfüllt hat.
- Benutzen Sie das Stichwortverzeichnis des Gesetzes.
Beispiel: Im Stichwortverzeichnis finden Sie unter „Schadenersatz wegen Nichterfüllung“ den Verweis auf § 280 BGB.
- Mit anderen Worten: Denken Sie immer von der Rechtsfolge her und suchen Sie eine Norm, die genau diese Rechtsfolge abbildet.
Beispiel: Wenn A eine Internetbestellung widerrufen hat und seinen bereits gezahlten Kaufpreis zurückhaben will, ist nicht § 355 Abs. 1 BGB die Anspruchsgrundlage. Denn diese Norm regelt, dass bei einem berechtigten Widerruf der Verbraucher an seine Willenserklärung nicht mehr gebunden ist. Sie regelt aber nicht, dass dann der Kaufpreis zurückzuzahlen ist. Diese Rechtsfolge ergibt sich aus § 355 Abs. 3 BGB („Im Falle des Widerrufs sind die empfangenen Leistungen unverzüglich zurück zu gewähren“). § 355 Abs. 3 BGB bildet also genau die Rechtsfolge ab, die A haben wollen (Geld zurück) und ist daher die Anspruchsgrundlage.

Tipps für Fortgeschrittene:

- Überlegen Sie sich, ob es sich um einen vertraglichen oder einen gesetzlichen Anspruch handelt. Oft kommen auch mehrere Anspruchsgrundlagen in Betracht, dann spricht man von sogenannter Anspruchskonkurrenz. 22
- Vertragliche Ansprüche werden immer zuerst geprüft. Dann kommen gesetzliche Ansprüche in folgender Reihenfolge: dingliche Ansprüche, Ansprüche aus ungerechtfertigter Bereicherung, Ansprüche aus Delikt, Ansprüche aus Geschäftsführung ohne Auftrag.
- Schauen Sie bei vertraglichen Ansprüchen immer in den Regelungen des jeweiligen Vertragstyps (Kaufvertrag, Mietvertrag etc.) nach und unterscheiden Sie zwischen Primäransprüchen (Erfüllungsansprüchen) und Sekundäransprüchen. Die Anspruchsgrundlage für Erfüllungsansprüche ist meist die erste Norm des jeweiligen Vertragstyps.
Beispiel:
 - Anspruch auf Kaufpreiszahlung § 433 Abs. 2 BGB,
 - Anspruch auf Mietzins § 535 BGB,
 - Anspruch auf Arbeitslohn § 611 BGB etc.

Lösung zu Fallbeispiel 2:

B möchte von A Schadenersatz, weil A den Vertrag über den Kauf des Porsches mit ihm nicht erfüllt hat. A hat also eine Pflicht aus dem Vertrag mit B verletzt. Die richtige Anspruchsgrundlage wäre in diesem Falle **§ 280 Abs. 1 BGB Schadenersatz wegen Pflichtverletzung**.

2. Tatbestandsvoraussetzungen

Nach dem Auffinden der Anspruchsgrundlage sind deren **Tatbestandsvoraussetzungen** zu isolieren. Die Tatbestandsvoraussetzungen ergeben sich in der Regel direkt aus der Anspruchsgrundlage selbst. Sie beschreiben die Voraussetzungen, die erfüllt sein müssen, damit die gewünschte Rechtsfolge der Anspruchsgrundlage eingreift. Die Voraussetzungen sind manchmal aber etwas versteckt. 23